

## 4. Expansion, 1796-1815

### 0. Übersicht:

1. US-Aussenpolitik und die Erwerbung Louisianas
2. Der Krieg von 1812-1815

### 1. US-Aussenpolitik und die Erwerbung Louisianas

Am 17. September 1796 hielt der scheidende Präsident George Washington seine Abschiedsrede. Genauer gesagt: Washington's Farewell Address wurde nicht als Rede vorgetragen, sondern in Philadelphias Daily American Advertiser veröffentlicht. Der erste Präsident der USA setzte trotzdem ein Beispiel, dem fast alle seine Nachfolger mehr oder weniger erfolgreich nacheiferten: Zum Abschied noch einmal die Grundsätze amerikanischer Politik zu verdeutlichen, einen Ausblick auf die Zukunft zu geben und damit ein politisches Testament zu hinterlassen.

Innenpolitisch rief Washington seine Mitbürger zur Einigkeit auf, über die sektionalen Grenzen (Nord-Süd, Ost-West) hinaus. Politischer Wettbewerb und der Streit der Parteien seien zwar notwendig, aber dies dürfe nicht zum zersetzenden Hader ausarten. Dieser fromme Wunsch war zweifellos berechtigt, aber zu vage, um dauerhafte Wirkung zu zeigen.

Bedeutsamer waren Washingtons Ausführungen zu Aussenpolitik. Er riet zu "good faith and justice toward all nations". Die USA sollten es vermeiden, "an habitual hatred or an habitual fondness" gegenüber anderen Ländern an den Tag zu legen. Zentral bei alledem war die Beziehung zu Europa. Dieser Kontinent aber "has a set of primary interests which to us have none or very remote relation. Hence she (Europe) must be engaged in frequent controversies, the causes of which are essentially foreign to our concerns." Die USA sollten sich aus den Streitigkeiten Europas heraushalten. Es sei "our true policy to steer clear of permanent alliances with any portion of the foreign world." Kurzfristige Allianzen könnten dennoch durchaus sinnvoll sein. Washington formulierte damit Grundsätze für die US-amerikanische Europapolitik, die bis 1917 gültig blieben:

- Die USA sollten sich aus den Streitigkeiten der europäischen Mächte heraushalten, nicht Partei ergreifen und jedes Engagement auf dem alten Kontinent vermeiden.
- Dauerhafte Bündnisabsprachen, wie sie noch 1777 mit Frankreich eingegangen worden waren, seien nicht im Interesse der USA, denn damit würde man sich zu sehr festlegen und in europäische Konflikte hineingezogen werden.

- Kurzfristige Bündnisse könnten sich jedoch in außergewöhnlichen Krisensituationen als nützlich erweisen.

Damit waren die Grundsätze der US-amerikanischen Neutralitätspolitik gegenüber Europa festgelegt. Prinzipiell lief dies auf eine Selbstisolation der USA hinaus. Mit den Staaten der europäischen Monarchen und Tyrannen wollte man politisch so wenig wie möglich zu tun haben, auch wenn der Handel mit ihnen natürlich lebensnotwendig war. Schon gar nicht wollte man in die immer wiederkehrenden europäischen Kriege hineingezogen werden. Deshalb auch dürften Solidaritätsgefühle gegenüber europäischen Republiken nicht zu weit getrieben werden.

Nicht angesprochen wurde hier jedoch ein anderer wesentlicher Aspekt, der für die Aussenpolitik der USA fortan bestimmend wurde: Auf dem amerikanischen Kontinent legten sich die USA keineswegs eine Politik milder Zurückhaltung auf. Hier resultierte der permanente Expansionsdrang von Siedlern und Spekulanten in einer aggressiven Vorgehensweise sowohl gegenüber den Ureinwohnern als auch gegenüber europäischen Mächten, die über Besitzungen in Amerika verfügten. Dabei schreckten die USA auch vor Gewaltandrohung und Krieg nicht zurück. Hinzu kam noch die Bereitschaft, Handelsinteressen in Übersee notfalls mit Waffengewalt durchzusetzen. Aus diesen drei Komponenten, Neutralität gegenüber Europa, aggressiver Expansionismus in Amerika und den gewaltsamen Schutz von Handelsinteressen in Übersee setzte sich fortan die US-amerikanische Aussenpolitik zusammen. Es war eine Mischung aus Zurückhaltung und Imperialismus. Die Anfänge dieser Politik bis zum Jahre 1815 sind das Thema der heutigen Vorlesung.

Daß Washington sich in einer Abschiedsrede so ausführlich mit den Beziehungen zu Europa auseinandersetzte, war kein Zufall. Im September 1796 herrschte schon seit vier Jahren Krieg in Europa. Es war dies aber kein gewöhnlicher Krieg um Machtinteressen. 1789 war in Frankreich die Revolution ausgebrochen. 1792 hatten Österreich und Preußen militärisch interveniert, und 1793 war auch GB in den Krieg gegen das Revolutionäre Frankreich eingetreten. Seit damals tobte der Krieg auch auf den Weltmeeren und in der Karibik. Es sollte der bis dahin größte Krieg der Weltgeschichte werden, der erste wirkliche Weltkrieg, denn hier kämpften nicht nur Europäer einen globalen Krieg, sondern immer mehr außereuropäische Mächte beteiligten sich aus eigenem Antrieb an den Kämpfen. George Washington wollte jedoch sein Land aus dem Krieg heraushalten. Trotz des seit 1777 bestehenden permanenten Bündnisses mit F, erklärte der Präsident deshalb am 22. April 1793 die Neutralität der USA.

Dabei besaßen die franz. Revolutionäre in den USA naturgemäß viele

Sympathien. Schliesslich vertraten sie ähnliche Prinzipien wie diejenigen der "Amerikanischen Revolution". Thomas Paine und General Lafayette, die beim Kampf um die amerikanische Unabhängigkeit eine wesentliche Rolle gespielt hatten, gehörten zu den Aktivisten in Frankreich. Der wichtigste Feind Fs war GB unter König Georg III., den viele Amerikaner ja bereits als "Tyrannen" bekämpft hatten. Auch wenn eine US-amerikanische Militärintervention zugunsten Fs schon aufgrund mangelnder Ressourcen nicht infrage kam, so plädierten doch überzeugte Republikaner zumindest für indirekte Unterstützung. Besonders Thomas Jefferson machte aus seinen Sympathien für die Franz. Revolution keinen Hehl. Er ging dabei sogar so weit, Verständnis für das Terrorregime der Jakobiner aufzubringen, denn auf dem Weg zur Freiheit müssten eben manchmal Ströme von Blut durchwatet werden. Etatistisch gesonnene, sozialkonservative Federalisten unter der Führung von Alexander Hamilton wandten sich jedoch strikt gegen derartige Vorstellungen, die angeblich die Herrschaft des Pöbels und der Anarchie predigten. Die Federalists hielten es eher mit legitimistischen, antirevolutionären Vorstellungen, wie sie in GB von Edmund Burke (*Reflections on the Revolution in France*, 1793) mit Verve vertreten wurden. Ihre Sympathien lagen daher eher in GB.

Der Streit um das Für und Wider der Franz. Revolution spaltete die amerikanische Öffentlichkeit und zerriss die Washington-Administration, wo sich Jefferson und Hamilton immer unversöhnlicher gegenüberstanden. Die aussenpolit. Neutralitätserklärung des Präsidenten hatte somit eine deutliche innenpolitische Komponente: Sie sollte ein Überhandnehmen des Parteienstreits verhindern.

Sehr erfolgreich war diese Politik jedoch nicht. Sowohl aussenpolitisch als auch innenpolit. verschärfte sich das Klima nach Washingtons Abgang. Zwar gelang es den Federalists, die Wahl ihres Kandidaten, John Adams, zum zweiten US-Präsidenten durchzusetzen. Doch Alexander Hamiltons missratene taktische Spielchen auf dem Wahlkongress sorgten für die Wahl Jeffersons zum Vizepräs. Der Streit mit den Republicans ging somit auch innerhalb der Administration weiter.

Die Adams-Administration musste schon bald feststellen, dass der Krieg in Europa die Neutralitätspolitik enorm erschwerte. Die USA konnten sich eben doch nicht vollständig heraushalten, wenn sie nicht ihre so wichtigen Handelsverbindungen mit dem alten Kontinent und den europäischen Kolonien in der Karibik abbrechen wollten. Der Krieg hatte sich nämlich zu einem Handelskrieg zwischen GB und F entwickelt, wobei jede Seite rücksichtslos den Aussenhandel des Gegners zu strangulieren versuchte, was auch zu Übergriffen auf neutrale Schiffe führte. Zum Schutz ihres Überseehandels hatten die USA 1794 den Jay Treaty mit GB abgeschlossen,

der brit. Übergriffe auf US-Schiffe beendete. Im Gegenzug mussten die USA ihren Handel mit F einschränken. Das Direktorium in Paris sah hierin jedoch eine Parteinahme der USA für GB, brach die diplomat. Beziehungen zu den USA ab und befahl der franz. Flotte, amerikanische Schiffe aufzubringen und zu plündern. Bis Anfang 1797 waren bereits über 300 US-Schiffe geplündert worden. Amerik. Verhandlungsbemühungen endeten in einem gewaltigen Skandal. In den USA brach nun eine regelrechte Kriegshysterie aus. Der Kongress genehmigte den Bau einer Kriegsflotte und die Aufstellung einer Freiwilligenarmee von 10.000 Mann. Auf den Meeren begann ein unerklärter Seekrieg. Hamilton und andere hofften schon, die Gelegenheit zur Eroberung Louisianas und Floridas nutzen zu können. Doch daraus wurde nichts. Präsident Adams behielt einen kühlen Kopf und ging auf Verhandlungsangebote des franz. Aussenministers Talleyrand ein. Anfang des Jahres 1800 schloss eine amerik. Delegation in Paris mit der neuen Regierung des Ersten Consuls Napoleon Bonaparte einen Vertrag ab, der die Lage entspannte.

Die Kriegskrise des Jahres 1797 hatte enorme innenpolit. Rückwirkungen. Die Federalists sahen nun die Chance gekommen, mit den profranzösischen Republicans abzurechnen. 1798 verabschiedete der Kongress ein "Alien and Sedition Act", das an Grundprinzipien der Verfassung und der Bill of Rights rührte. Neben scharfen Restriktionen gegenüber Ausländern und Massnahmen zur Erschwerung der Einbürgerung enthielt das Gesetz massive Strafandrohungen gegen so genannte Verschwörungen. Zudem wurde die Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt, denn falsche, skandalöse und böswillige Behauptungen über die Regierung oder deren Beamte konnten jetzt strafrechtlich verfolgt werden. Diese ausgesprochenen Gummiparagraphen gaben den Gerichten praktisch freie Hand bei der Verfolgung von Oppositionellen. Tatsächlich wurden mehrere Republikaner verhaftet, angeklagt und zu hohen Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt. Hier zeigte sich die dunkle Seite der amerikanischen Verfassungswirklichkeit. Die Sorge vor Anarchie und Verschwörung konnte in Krisenzeiten ausgenutzt werden, um Oppositionelle zu terrorisieren.

Überhaupt wurden in der Kriegskrise zwischen 1797 und 1800 Tendenzen erkennbar, die sich in der Geschichte der USA noch mehrfach wiederholen sollten:

1. Bei aller Bereitschaft zur Zurückhaltung und Neutralität sorgten doch die amerikanischen Handelsinteressen in Übersee dafür, dass die USA bei langwierigen Grosskriegen eben doch auf Dauer hineingezogen wurden, weil der Handel im Krieg nicht unberührt blieb, sondern sogar zur Waffe der kriegführenden Mächte wurde. Auf diese Weise gerieten die USA 1812 in den ersten Weltkrieg der Geschichte, wurden sie 1917 in den Ersten Weltkrieg

des 20. Jahrhunderts verwickelt und schlidderten sie 1941 über ihr ostasiatisches Engagement in den Zweiten Weltkrieg.

2. Die demokratischen Prinzipien in der amerikanischen Verfassung räumten der öffentlichen Meinung eine enorme Bedeutung ein. In der Praxis bedeutete dies gewaltige Macht für die Medien, denn in dem riesigen Land war es die veröffentlichte Meinung, die das nationale Stimmungsbarometer bestimmte. So geschah es immer wieder, dass bei internationalen Krisensituationen eine regelrechte Kriegshysterie erzeugt wurde und dies schon deshalb, weil sich sensationelle Meldungen kriegerischer Natur besonders gut verkaufen lassen. Auf dieser Schiene operierten die federalistischen Blätter 1797. Prinzipiell genauso, wenn auch mit ganz anderen medialen Möglichkeiten, entstanden auch in den folgenden 200 Jahren immer wieder Kriegshysterien - zuletzt im Golfkrieg und im Irakkrieg.

3. Derartige Kriegshysterien richteten sich aber häufig nicht nur nach aussen, sondern auch und gerade nach innen. Die USA sind - das wissen wir nicht erst seit Oliver Stone - das Land der Verschwörungstheorien. Die Ursachen hierfür sind äusserst komplex. Allein schon die Grösse und Unübersichtlichkeit des Landes begünstigen ein Klima, in dem einfache Erklärungen ("good guys-bad guys", finstere Verschwörungen etc.). schnell Anhänger finden. Die Vielfalt der ethnischen und religiösen Gruppen in diesem Einwanderungsland, ihre gegenseitige Fremdheit, die kaum durch ein nationales Wirgefühel übertüncht wird, die sektionalen Unterschiede, die durch die weiten Entfernungen vertieft werden, all dies erzeugt Missverständnisse und Misstrauen. Unter bestimmten Umständen kann dies paranoide Züge annehmen und zu regelrechten Hexenjagden führen. 1797-1800 traf es Ausländer (v.a., aber nicht nur, Franzosen) und die Republikaner. Seit dem Bürgerkrieg traf es immer wieder Schwarze. Im 1.WK richtete sich die Hysterie gegen die deutsche Minderheit, im 2.WK gegen die japanische Minderheit. Nach 1918 und im Verlauf des Kalten Krieges traf es Kommunisten, Sozialisten und Intellektuelle.

4. Etatistische amerikanische Politiker standen und stehen den Prinzipien der Freiheit, der Demokratie und der Pressefreiheit oft mit Misstrauen gegenüber. In ihren Augen enthalten sie die Tendenzen zu Anarchie, Umsturz und Ungehorsam gegenüber den Autoritäten. Es gab deshalb immer wieder Versuche, die Bürgerfreiheiten einzuschränken und die staatlichen Exekutivorgane mit zusätzlicher Macht auszustatten. Besonders in Kriegszeiten liess sich die verbreitete Hysterie wiederholt nutzen, um Geist und Buchstaben der Verfassung zu brechen. Das „Alien and Sedition Act“ machte hier den Anfang. Die Verfassungsbrüche im Bürgerkrieg und im Verlauf der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts, das Mobbing und die Behördenwillkür zu Beginn des Kalten Krieges und während des

Vietnamkrieges setzten diese Tendenzen fort. Die Bush-Administration hat nach dem 11. September 2001 dem Ganzen die Krone aufgesetzt: Homeland Security Act 2002.

So waren die Jahre zwischen 1797 und 1800 in mancher Hinsicht konstitutiv. Natürlich gab es im einzelnen grosse Unterschiede zwischen den Kriegen der USA. Doch strukturell bedingte Grundtendenzen blieben bestehen und wurden für die Geschichte der USA typisch.

Im Jahre 1800 war die unmittelbare Kriegsgefahr zwar gebannt. Doch die vorangegangene Kriegskrise hatte innenpolitisch tiefe Wunden hinterlassen. So geriet der Präsidentschaftswahlkampf dieses Jahres zur ersten Schmutzkampagne in der an ähnlichen Vorgängen so reichen Geschichte der USA. Die Federalists waren zerstritten, weil Hamilton dem Präsidenten nicht verzeihen wollte, daß er die Chance zum Krieg vermässelt hatte. Genüsslich schlachteten die Republikaner Hamiltons Anwürfe gegen Adams aus. Die Federalists revanchierten sich mit einer Hetzkampagne gegen Jefferson, dem sie unterstellten, die Jakobinerherrschaft einführen und die USA den Franzosen ausliefern zu wollen. Jeffersons Wahl, so hiess es, würde folgendes Szenario zur Folge haben:

“... dwellings in flames, hoary hairs bathed in blood, female chastity violated ... children writhing on the pike and halberd.”

Doch es nützte nichts. Adams hatte die Chance verpasst, durch Krieg und chauvinistische Euphorie seine Wiederwahl zu sichern. Jefferson wurde mit knapper Mehrheit zum Präsidenten gewählt, und die Federalists verloren für immer die Macht. Jefferson versprach allerdings eine ausgleichende Politik zu betreiben und sich nicht an seinen bisherigen Feinden zu rächen. Dieses Versprechen hielt er. Aber er besetzte die Regierungsämter ausschliesslich mit seinen Leuten und wurde so zum ersten parteiorientierten Präsidenten der USA.

Am 4. März 1801 war Thomas Jefferson der erste amerikanische Präsident, der in der neuen Hauptstadt, Washington, District of Columbia, in sein Amt eingeführt wurde. Zu diesem Zeitpunkt bestand Washington aus einem Stück des heutigen Capitols, dem Weissen Haus, ein paar miesen Hotels, mehreren halbfertigen Gebäuden und einer Reihe von Hütten. Dazwischen lagen schlammige Schneisen mit Baumstümpfen und tiefen Löchern, die angeblich Strassen sein sollten. Der Rest war Wald, Sumpf und Wildnis. Ein Senator beschrieb die Situation in einem Brief folgendermaßen:

“We lack here only houses, wine cellars, learned men, amiable women, and other trifles to make our city perfect ... it is the best city in the world to live

in - in the future.”

Immerhin gab es einen schönen Bauplan, den der französische Architekt Pierre L'Enfant entworfen hatte - doch der wurde niemals vollständig verwirklicht ...

Jefferson, einer der grossen Theoretiker der Amerikanischen Revolution, war kein Doktrinär und deshalb wurde er ein erfolgreicher Präsident. Gegen den Zentralismus der Federalists setzte er eine vorsichtige Öffnung der Regierung. Hamiltons Whiskeysteuer wurde aufgehoben, aber Segnungen des Zentralismus wie die Nationalbank blieben bestehen. Jefferson war im Prinzip gegen das stehende Heer und setzte Ausgabenkürzungen bei Armee und Marine durch. Doch ausgerechnet in seiner Amtszeit wurde die berühmte Akademie für Offiziersanwärter gegründet: West Point. Jefferson besass mehr als 100 Sklaven. Doch er war es, der am 1. Januar 1808 endlich das landesweite Verbot des Sklavenimports durchsetzte. Allerdings sollen danach noch über 300.000 Sklaven illegal in die USA geschmuggelt worden sein.

Jefferson führte auch die Politik seiner Vorgänger fort, die eroberten und halbwegs erschlossenen Gebiete im Westen als neue Staaten in die Union aufzunehmen. Nach Tennessee und Kentucky kam 1803 Ohio als 17. Bundesstaat hinzu. Die Westexpansion schritt also weiter voran, was vor allem auch deswegen möglich war, weil durch den Krieg in Europa immer neue Flüchtlinge ins Land kamen, die Ackerboden brauchten. Leidtragende dieser Entwicklung waren natürlich wieder die Ureinwohner.

Aber der Krieg in Europa blieb auch zu Jeffersons Amtszeit ein dauerndes Problem. Bei seiner Amtseinführung hatte der neue Präsident deshalb in der Tradition Washingtons vor “entangling alliances” gewarnt. Ende des Jahres 1800 jedoch sah es so aus, als müsse Jefferson diese Politik schon wieder aufgeben. Napoleon hatte sich Louisiana von den Spaniern abtreten lassen und war nun dabei, erneut ein französisches Imperium in Nordamerika zu errichten. Aus US-amerikanischer Sicht war dies eine äusserst gefährliche Entwicklung, denn ein derart starker Rivale konnte den Mississippi sperren, dort den US-Handel unterbinden und jede weitere territoriale Expansion unmöglich machen. Jefferson stellte deshalb fest, dass eine französische Übernahme von New Orleans die USA zu einem sofortigen Bündnisabschluss mit GB zwingen würde. Doch zunächst entsandte er Unterhändler zu einer Dringlichkeitsmission nach Paris, um die Gefahr abzuwenden. Langwierige Verhandlungen folgten.

Im April 1803 wendete sich plötzlich das Blatt. Ohne jede Vorwarnung fragte der franz Aussenminister Tayllerand beim Gesandten Livingston an, ob die USA nicht Louisiana den Franzosen abkaufen wollten. Nachdem er sich von

seinem Schock erholt hatte, griff Livingston sofort zu. Dahinter stand die Tatsache, dass der Friede von Amiens, der den Krieg mit GB seit 1801 unterbrach, deutliche Auflösungserscheinungen zeigte. Da die Briten nicht vertragsgemäss aus Malta abrückten, räumten die Franzosen auch nicht ihre Positionen in der Schweiz. Die Briten rüsteten deshalb zum Krieg, wollten sie doch "the Swiss, that brave and interesting people", wie sich Indienminister Canning ausdrückte, nicht im Stich lassen. In dieser Lage wurde Louisiana für Napoleon wertlos, denn zwischen Frankreich und Nordamerika stand die überlegene Royal Navy. Es lag deshalb nahe, wenigstens einen Preis für das Land zu erzielen, der zur Finanzierung des nächsten Krieges beitragen konnte. So zahlten die USA \$ 15 Mio für den grössten Landwerb in ihrer Geschichte, der zudem den ganzen Westen öffnete und die USA damit endgültig zur Vormacht in Nordamerika aufwertete. Als Nachschlag holte man sich bis 1813 unter Ausnutzung des Spanischen Aufstandes gegen Napoleon Westflorida hinzu und behauptete fortan, auch dieses Gebiet beim "Louisiana Purchase" käuflich erworben zu haben.

Der gewaltige Erfolg der Einverleibung Louisianas, ohne einen Schuss abgefeuert zu haben, sicherte Jefferson im Jahre 1804 die triumphale Wiederwahl. Opposition war kaum noch vorhanden. Expansionismus zahlte sich eben aus. Jefferson, der auch persönlich sehr an Geographie und Entdeckungsreisen interessiert war, investierte denn auch gleich in die längerfristige Zukunft. Bereits im Mai 1804 hatte er Meriwether Lewis und William Clark mit 50 Soldaten auf eine Expedition zur Erforschung des Landes zwischen Mississippi und Pazifikküste geschickt. Diese Mission kehrte erst im Herbst 1806 nach St. Louis zurück. Aber ihr Erfolg war riesig und öffnete das Tor nach Westen noch weiter. Andere Expeditionen nach Südwesten komplettierten das Bild. So setzte unter Jefferson der Traum von der "manifest destiny" ein - der Eroberung und Besiedlung allen Landes in Nordamerika zwischen der Atlantikküste und der Pazifikküste.

## 2. Der Krieg von 1812-15

Nach Jeffersons Wiederwahl verdüsterte sich die aussenpolit. Lage jedoch schnell wieder. Seit Wiederbeginn des Krieges verfolgte die Royal Navy aus Mangel an Seeleuten die skandalöse Praxis, US-Schiffe auf hoher See zu stoppen und amerik. Seeleute als angebliche brit. Staatsbürger zum Dienst auf brit. Kriegsschiffen zu pressen. Wachsende Empörung darüber verbreitete sich in US-Öffentlichkeit und Congress.

Sommer 1807: Ein brit. Kriegsschiff bringt US-Frigatte Chesapeake vor Norfolk auf, beschiesst sie und zwingt sie zur Herausgabe eines Teils der Mannschaft. Nur mit Mühe kann Jefferson in folgenden Wochen Kriegserklärung an GB vermeiden.



In Europa wurde unterdessen der Krieg härter: seit 1806 Kontinentalsperre und brit. Gegenblockade. F und GB versuchen nun endgültig Überseehandel des Feindes abzuwürgen. USA geraten erneut zwischen die Fronten. Seit 1807 hinderte Royal Navy US-Schiffe gewaltsam am Handel mit Kontinentaleuropa. Große Verluste für US-Außenhandel. Jefferson antwortet mit Handelsembargo, doch der schadete USA mehr als GB. Im März 1809 hebt Jefferson - als eine seiner letzten Amtshandlungen - das Embargo wieder auf.

Inzwischen war bereits James Madison, der Kandidat Jeffersons, zum Nachfolger gewählt worden. Madison versuchte es mit einem "Non-Intercourse Act", das den Handel mit F und GB verbot. Dieser handelspolitischer Keuschheit blieb ohne Erfolg.

1810 neue Wende: Napoleon versprach Aufhebung seiner Blockade gegen neutrale US-Schiffe, wenn Briten das Gleiche tun. Doch Briten blieben hart. Daher weiter wachsende Empörung in USA gegen GB.

Juni 1812: James Madison erklärte diese Vorgänge zum Kriegsgrund gegen GB.

18. Juni 1812, Congress erklärt Kriegszustand mit GB.

Zwei Wochen später hob Brit. Regierung Restriktionen gegenüber US-Schiffen auf. Wegen Kommunikationsschwierigkeiten erreichte diese Nachricht Washington zu spät. Krieg war also unnötig. Oder doch nicht?

Bei Kriegserklärung des Congress Vertreter der New Englandstaaten gegen Krieg. Dabei waren gerade diese Staaten durch brit. Maßnahmen zur See am meisten betroffen. Der Handelskonflikt und der Streit um die brit. Rekrutierungspraktiken waren also nicht die eigentlichen Kriegsursachen.

Am meisten für Krieg: Staaten westl., und südl. von Pennsylvania, also die Agrarinteressen, die durch Handelskrieg in Europa Märkte verloren. Getreidefarmer blieben auf ihrer Ware sitzen. Auch Baumwollpflanzer hatte kontinentaleuropäische Märkte verloren, während sie in GB unter indischer, ägyptischer und südamerikanischer Konkurrenz zu leiden hatten. Doch die Agrarinteressen entwickelten noch andere Motive: Land.

Ein Krieg war mit Hoffnung auf Expansion nach allen Seiten verbunden - neuer Landboom für Siedler und Spekulanten. Ziele: Kanada, das nicht nur als unangenehmer Konkurrent im Nordwesten ausgeschaltet werden sollte, sondern selbst zur Einverleibung vorgesehen war. West- und Ostflorida, wo

brit. Verbündete - die Spanier - saßen. Durch Eroberung dieser Gebiete sollte die Louisiana Purchase abgerundet werden. Neue politische Feuerköpfe, denen noch glänzende Karrieren bevorstanden, propagierten am lautesten den Krieg, der angeblich um die nationale Ehre geführt werden sollte: Henry Clay aus Kentucky, Felix Grundy aus Tennessee und John C. Calhoun aus South Carolina. Für sie prägte der Virginier John Randolph den markanten Ausdruck "war hawks", der bis in die Gegenwart hinein für ihresgleichen Anwendung findet.

Aber es gab noch einen Kriegsgrund, der insbesondere die Kriegstreiber aus dem Nordwesten beseelte: Tecumseh. Dieser kluge Häuptling der Shawneys, die südlich der Grossen Seen lebten, und sein Zwillingsbruder Tenskwatawa, der religiöse Führer seines Stammes, hatten längst eingesehen, dass die Ureinwohner dem Untergang geweiht waren, wenn sie nicht gemeinsam zu den Waffen griffen. Die Verträge der Vergangenheit waren zu oft gebrochen worden, zu oft waren die Ureinwohner unprovokierten Angriffen ausgesetzt gewesen, zuviel Land hatten sie schon verloren, um auf einen friedlichen Ausgleich zu hoffen. Mit grossem Erfolg hatte Tecumseh deshalb eine mächtige Koalition von Stämmen zusammengebracht. Doch bevor sie gemeinsam losschlagen konnten, griff General Harris am 7. November 1811 den Hauptsitz der Shawneys am Tippecanoe Fluss an, während Tecumseh unterwegs war. Die Schlacht wurde zu einem furchtbaren Gemetzel, das die Shawneys erheblich schwächte. Frauen, Kinder und alte Leute wurden bei der anschliessenden Zerstörung des Hauptortes gnadenlos niedergemacht.

Tecumseh flüchtete mit den Resten seines Stammes nach Kanada. Dies aber galt seinen Feinden als Bestätigung für ihren lang gehegten Verdacht, die Briten unterstützten die Indianer heimlich von Kanada aus. Auch deshalb sollte Kanada erobert werden.

So kam es zum Krieg. Allerdings gingen die USA kein Bündnis mit F. ein, obwohl dies doch militärisch sinnvoll erscheinen mochte. Congressman John Randolph erklärte diesen Umstand folgendermassen:  
"Bound to France (would leave us) as Sindbad the Sailor was bound to the putrefying corpse of his deceased wife."

Die USA waren denkbar schlecht auf den Krieg vorbereitet:

- nur 6,700 Mann standen unter Waffen, plus Milizen, die jedoch jede Offensivoperation ausserhalb der USA verweigerten
- keine finanziellen Reserven,
- an sich exzellente Marine schon bald zu schwach, weil zu klein, um mit Royal Navy ernsthaft zu kämpfen.

Die Briten rekrutierten Loyalisten als Milizen in Kanada. Katholische

Franzosen in Quebec fürchteten radikale protestantische Amerikaner und kämpften ebenfalls auf britischer Seite.

Sommer/Herbst 1812: Drei erfolglose Invasionsversuche durch US-Milizen nach Kanada. Jedesmal verweigerten die Milizen den Gehorsam, wenn sie die Grenze überschreiten sollten.

1813: US-General Dearborn erobert immerhin York (Toronto) und steckt es in Brand.

Briten erobern Detroit.

Oct. 1813, US-Truppen erobern Detroit zurück, Tecumseh getötet, Shawneys dem Untergang geweiht.

Briten erobern und zerstören Buffalo (N.Y.).

1814, trotz weiterer Kämpfe um Große Seen keine durchschlagenden Erfolge für eine Seite. Front bleibt stabil.

April 1814, Napoleon geschlagen. GB plant Großoffensive gegen USA: Angriffe gegen Chesapeake und Golf von Mexiko.

August 1814, General Ross landet mit 5.000 erfahrenen Soldaten in Chesapeake Bay und besiegt 7.000 Mann schlecht ausgebildeter Milizen bei Bladensburg.

24. August 1814, abends: Ross rückt kampflos in Washington ein. Präsident Madison muß fliehen. Im Weißen Haus finden brit. Soldaten das frisch bereitete Abendessen für Präsidentenfamilie vor. Es wird gemütlich gefeiert. Danach Weißes Haus angezündet, ebenso wie Capitol und andere Regierungsgebäude. Auch Bestände der Library of Congress vernichtet. (Rache für York)

Anschließend erfolglose Belagerung von Fort McHenry vor Baltimore. Vom Schiff im Hafen aus beobachtet Anwalt Francis Scott Key Bombardement und schreibt Gedicht, "The Star-Sprangled Banner" - später zur Melodie eines englischen Trinkliedes vertont und US-Hymne.

24. Dezember 1814, General Sir Edward Pakenham (Schwiegersohn des Duke of Wellington) landet mit 7,500 Mann bei New Orleans. General Andrew Jackson bereitet mit 5,500 Mann verschanzte Verteidigung vor.

8. Januar 1815, Pakenham befiehlt Frontalangriff auf US-Stellungen. Resultat: Briten verlieren 3,300 Mann inklusive Pakenham - Amerikaner verlieren 50 Mann. Jackson neuer Kriegsheld.

24. Dezember 1814, Ghent: Friedensvertrag zwischen GB und USA. Grundlage: Status quo ante bellum. Krieg somit völlig überflüssig, ebenso wie Pakenhams Tod. In vieler Hinsicht war das Ganze eine Tragikkomödie.

Dennoch enorme Folgen des Krieges:

- Neue Welle des Patriotismus in USA - Nationalhymne, Kriegsheld Jackson. US-Expansionismus nicht gestoppt. Shawneys und Verbündete gebrochen. Indianer des Mittleren Westens ohne Überlebenschance. - Westflorida annektiert, der Osten folgt später.

- Handelskrieg mit GB erlaubt Beginn der amerikanischen Industrialisierung. Danach durch hohe Zölle (Patriotismus), Zentralbank und Infrastrukturmaßnahmen weiter gefördert. USA beginnen Aufstieg zur Wirtschaftsgroßmacht.

- Brit. Herrschaft über Kanada stabilisiert.

Nebenschauplatz des Weltkrieges regelt Machtverhältnisse auf Nordamerikanischem Kontinent. Aber gerade Kriegseintritt der USA hatte massgeblich dazu beigetragen, dass es sich bei "Französischen Kriegen" zwischen 1792 und 1815 um einen wirklichen Weltkrieg handelte. Dabei sollte es auch in Zukunft bleiben: Ohne die Beteiligung der USA hat noch nie ein Weltkrieg stattgefunden. Die Politik der Neutralität und der Selbstisolation liess sich eben auf Dauer nicht durchhalten. Aber, die USA haben keinen dieser Weltkriege verloren und stiegen so zur Weltmacht auf.